

Kohlen- und Ernährungsschwierigkeiten im tschechischen Staat.

Prag, 26. November.

Die Nationalversammlung setzte heute die Debatte über dringliche Anfragen, betreffend Ernährungsangelegenheiten fort.

Minister für öffentliche Arbeiten Staneš befaßt sich mit der Kohlenfrage und führt aus: Das tschechische Land ist von den österreichischen Regierungen rücksichtslos ausgeplündert worden. Die Steinkohlenförderung sank im heurigen Jahr um 178.000 Tonnen per Monat, die Braunkohlenförderung um 104.000 Tonnen monatlich. Schuld daran war der Arbeitermangel und die Unterernährung der Bergarbeiter. Jetzt haben sich die Verhältnisse noch verschlimmert, da zum Bergbau Kriegsgefangene und Flüchtlinge verwendet wurden, die jetzt die Bergwerke verlassen haben. Die Regierung hat alle Bergleute aus dem Militärdienst entlassen und will auch für ihre Ernährung sorgen. Am ungünstigsten wirkt der Umstand, daß der tschechische Staat nicht über alle seine Reviere verfügen kann. Im Karwiner Gebiet haben sich die Polen festgesetzt, im nordböhmischen Braunkohlengebiet die Deutschen, Berlin hat die Einfuhr deutscher Kohle in unsere Republik als Bergeltungsmaschine verboten. Am meisten leiden unter dem Kohlenmangel die Zuckerfabriken, denen vor allem geholfen werden muß. Der Minister fordert die Öffentlichkeit auf, zur Regierung Vertrauen zu haben. Wenn Kohle ausgeführt wird, so erhalten wir dafür als Kompensation notwendige Materialien. Der Minister schließt mit der Aufforderung an die Öffentlichkeit, die Ruhe zu bewahren. In einem halben Jahre würden geordnete Verhältnisse eintreten.

Dr. Biskovský bespricht die Ernährungsfrage. Mit Getreide sind wir bis Ende Mai selbst bei den erhöhten Quoten gedeckt, allerdings bei größter Anspannung aller Kräfte. Unsere Preispolitik muß eine vernünftige Kompensationspolitik sein. Das beste Kompensationsobjekt ist der Zucker, weshalb die Zuckerkampagne unbedingt gesichert werden muß.

Ernährungsminister Dr. Urbenský führt aus: Wir haben die freie Republik geschaffen, aber das alte Wirtschaftssystem ist geblieben. Dieses System muß beseitigt werden. Das bestehende System kann aber nicht sofort durchbrochen, alle Zentralen können nicht sofort beseitigt werden. Bezüglich der Bekleidung teilt er mit, daß durch die beschlagnahmten Militär- und Flüchtlingslager so viel Stoffe gewonnen wurden, daß eine Herabsetzung der Preise um 40 bis 70 Prozent möglich sein wird.